

Palästina: wirtschaftliche Rezession und drohende humanitäre Katastrophe

Zorob, Anja

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Zorob, A. (2006). *Palästina: wirtschaftliche Rezession und drohende humanitäre Katastrophe*. (GIGA Focus Nahost, 8). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Deutsches Orient-Institut. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-277165>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Palästina: Wirtschaftliche Rezession und drohende humanitäre Katastrophe

Anja Zorob

Seit einiger Zeit häufen sich Medienberichte und Erklärungen verschiedener in den Besetzten Gebieten tätiger internationaler Hilfsorganisationen, dass den Menschen im Gaza-Streifen eine humanitäre Katastrophe drohe.

Analyse:

Am 27. Juni 2006 startete die israelische Armee mit mehreren Luftangriffen eine umfangreiche Militäroffensive gegen den Gaza-Streifen. Den folgenden Einmarsch der israelischen Armee nach ihrem einseitigen Abzug aus Gaza im September 2005 rechtfertigte die israelische Führung als Reaktion auf den Überfall palästinensischer Milizionäre auf einen Vorposten der Armee, bei dem zwei Soldaten getötet wurden und ein weiterer entführt wurde. Einige Monate vorher war als Reaktion auf den Wahlsieg der radikalislamischen *Hamas* ein wirtschaftlicher Boykott gegen die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) verhängt worden. Ende Mai 2006 startete das *Office for the Coordination of Humanitarian Affairs* (OCHA) der Vereinten Nationen einen Spendenaufruf für zusätzliche Mittel, da bereits zu diesem Zeitpunkt fast 80 % der Bevölkerung in Gaza unterhalb der Armutsgrenze lebten.

- Nach Angaben der Weltbank setzte die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession in den Besetzten Gebieten mit dem Ausbruch der zweiten oder *Al-Aqsa-Intifada* im September 2000 ein.
- Mit dem Boykott wurde die PA durch die Aussetzung der israelischen Ausgleichszahlungen und internationalen Hilfen in eine nie dagewesene Haushaltskrise gestürzt.
- Selbst unter der Annahme, dass die israelischen Steuertransfers und internationalen Budgethilfen aufrechterhalten würden, bliebe die palästinensische Wirtschaft in einer Rezession gefangen. Damit in Verbindung stünde unvermeidlich der weitere Anstieg von Armut, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von internationalen Hilfen.
- Der einseitige israelische „Abkoppelungsplan“, der in einer revidierten Fassung im Juni 2004 vom israelischen Kabinett verabschiedet wurde, weist keinen Weg aus dem Dilemma. Bei genauerem Hinsehen stellt der Plan keine substanzielle Verbesserung oder Lockerung der restriktiven Rahmenbedingungen in Aussicht, denen die palästinensische Ökonomie seit langer Zeit ausgesetzt ist.

Keywords: Palästina, Armut, humanitäre Krise, internationale Hilfsorganisationen, wirtschaftliche Rezession

1. Der israelische Wiedereinmarsch und seine unmittelbaren Folgen

Anfang August dieses Jahres mahnten 30 internationale Hilfsorganisationen, vor dem Hintergrund der Geschehnisse im Südlibanon, die humanitäre Krise in Gaza nicht zu vergessen. In einer gemeinsamen Petition riefen sie die internationale Gemeinschaft dazu auf, einen sofortigen Waffenstillstand zwischen *Hamas* und der israelischen Armee, die Sicherung des ungehinderten Zugangs für humanitäre Hilfen und den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza zu erwirken. Seit dem Beginn der Angriffe auf Gaza im Zuge der „Operation Sommerregen“ fanden im Zeitraum vom 27. Juni bis 8. August nach Angaben der *Palestinian Monitoring Group* (PMG) 170 Menschen den Tod. Über drei Viertel der Toten sind zivile Opfer, 25 % davon Kinder. Mehr als 500 Menschen wurden verwundet. Daneben kam es im Anschluss an den Einmarsch zu Verhaftungen. Am 29. Juni nahm die israelische Armee laut des *Palestinian Centre for Human Rights* (PCHR) acht Minister und 21 Abgeordnete des palästinensischen Legislativrats aus den Reihen der *Hamas* fest. Palästinensische Organisationen wie der PCHR verurteilen sowohl die Opfer unter der Zivilbevölkerung als auch die Verhaftung von Politikern als Akt der kollektiven Bestrafung des palästinensischen Volkes und als Verstoß gegen das internationale Recht. Vertreter internationaler Hilfsorganisationen bezichtigten die israelischen Truppen in den vergangenen Wochen des Öfteren der „unverhältnismäßigen“ Anwendung von Gewalt gegen menschliche wie materielle Ziele in den Besetzten Gebieten. Dazu zählt die massive Zerstörung der Infrastruktur. In der Nacht zum 28. Juni bombardierte die israelische Luftwaffe einige Brücken im Gaza-Streifen, mehrere Wasserpipelines und das einzige Elektrizitätswerk. Die Stromversorgung der privaten Haushalte ist seitdem auf maximal sechs bis acht Stunden pro Tag begrenzt, wodurch viele Nahrungsmittel verderben. Der Einsatz von Generatoren in Geschäften, Krankenhäusern sowie Brunnen- und Wasseranlagen führte zu einem erhöhten Bedarf an Diesel und Ersatzteilen. Allerdings waren die Nahal-Oz-Pipelines ebenso wie der Grenzübergang Karni, der einzige Übergang, über den Waren in den Gaza-Streifen importiert oder von dort exportiert werden können, vom 26. Juni an zunächst etwa eine Woche vollständig gesperrt. Am Grenzübergang Rafah, der – seitdem

der Grenzübergang Erez im Norden des Gaza-Streifens im März 2006 für palästinensische Arbeiter und Händler geschlossen wurde – einzigen Möglichkeit für Palästinenser, aus dem Gaza-Streifen aus- oder in diesen einzureisen, steckten nach der Absperrung durch die israelische Armee zahlreiche Menschen tagelang fest. Fünf Menschen starben, bevor am 14. Juli eine der Grenzbarrikaden eingerissen und wenige Tage später der Übergang durch eine Einigung mit den israelischen Behörden zwei Tage für die Einreise nach Gaza freigegeben wurde.

Wegen der Störungen in der Wasserver- und Abwasserentsorgung (die meisten Familien haben nur zwei bis drei Stunden am Tag Zugang zu Wasser) und der hohen Außentemperaturen wird der Ausbruch von Krankheiten befürchtet. Mithin steht die gesamte medizinische Versorgung auf dem Spiel. Dazu trägt auch bei, dass als Folge der Absperrung der Grenzen und der Finanznöte des palästinensischen Gesundheitsministeriums die Vorräte vieler Medikamente aufgebraucht sind. Zu Preiserhöhungen und Engpässen kam es u. a. auch bei Grundnahrungsmitteln. Nach Angaben der UN-Unterorganisation OCHA können sich über 70 % der Einwohner von Gaza nicht mehr selbständig ernähren und sind daher direkt von Nahrungsmittelhilfen der internationalen Organisationen abhängig. Über die Abriegelung und Beschädigung der Infrastruktur hinaus wurden durch die Angriffe der israelischen Armee zahlreiche Häuser, landwirtschaftliche Nutzflächen, Gewächshäuser und private Betriebe zerstört sowie viele öffentliche Gebäude, darunter einige Ministerien und Schulen demoliert. Nicht zu vergessen sind schließlich die psychologischen Auswirkungen des Dauerbeschusses mit Granaten, Raketen und Fernlenkgeschossen, die dauerhafte Traumata, Schlafstörungen und andere Krankheitserscheinungen besonders bei Kindern nach sich ziehen können.

Kurzum: Gäbe es nicht die zahlreichen in den Besetzten Gebieten tätigen Hilfsorganisationen, hätte sich eine humanitäre Katastrophe vermutlich bereits voll entfaltet. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios wird indes von israelischen Verantwortlichen konsequent verneint. Stattdessen warf der Leiter der *Gaza Liaison Administration* Mitte Juli den Palästinensern in einem Presseauftritt vor, eine Krisensituation künstlich schaffen oder vorgeben zu wollen. Die USA wiederum legten ihr Veto gegen eine UN-Resolution

ein, die den Staat Israel der unverhältnismäßigen Gewaltanwendung beschuldigte und den Truppenabzug aus Gaza forderte. Es wäre aber eine stark verkürzte Betrachtungsweise, wollte man die gegenwärtige katastrophale wirtschaftliche und humanitäre Lage in Gaza allein auf die Geschehnisse seit dem Wiedereinmarsch der israelischen Truppen zurückführen.

2. Die wirtschaftliche Krise in den Besetzten Gebieten und ihre Ursachen

Nach Ansicht der Weltbank begann der derzeitige wirtschaftliche Niedergang in den Besetzten Gebieten mit dem Ausbruch der zweiten oder *Al-Aqsa-Intifada* im September 2000. Wie an Tabelle 1 ersichtlich, schrumpfte das BIP pro Kopf im Zeitraum 2000-2002 um etwa 36 % und dies trotz einer Verdoppelung der internationalen Hilfszuflüsse im selben Zeitraum.

Offensichtlich ist die palästinensische Volkswirtschaft wesentlich stärker vom israelischen Markt als von internationalen Gebern abhängig. Etwa 90 % der palästinensischen Exporte gehen traditionell nach Israel und fast alle Importe kommen von dort oder werden zumindest über israelische Häfen abgewickelt. Viele Arbeitnehmer aus den Besetzten Gebieten verdienten in der Vergangenheit in Israel ihr tägliches Brot. Im Zuge der verschärften Abriegelungspolitik der israelischen Regierung (in Reaktion auf den Ausbruch der zweiten *Intifada*) kam es zu einem massiven Einbruch sowohl der Exporteinkünfte als auch der Gastarbeiterüberweisungen. Die Zahl der in Israel tätigen palästinensischen Arbeiter verringerte

sich von etwa 146.000 Personen im dritten Quartal des Jahres 2000 auf 33.000 Personen im zweiten Quartal des Jahres 2002. Des Weiteren wurde der im Rahmen des *Pariser Protokolls* von 1994 vereinbarte Transfer von Steuer- und Zolleinnahmen an die PA, die bis zu zwei Drittel der Einkünfte im palästinensischen Staatshaushalt ausmachen, ausgesetzt. Zwei Jahre später musste die palästinensische Ökonomie mit den israelischen Angriffen auf die West Bank im Frühjahr und Sommer 2002 einen weiteren Schock verarbeiten.

Mit der Lockerung der Restriktionen und der Wiederaufnahme der Transferzahlungen an die PA im November 2002 stellte sich für den Zeitraum der folgenden drei Jahre eine wirtschaftliche Erholung ein. Wie die Zahlen in Tabelle 1 zeigen, reichte das Wachstum der Wirtschaft jedoch nicht dazu aus, die Verluste seit Beginn des Jahrzehnts pro Kopf der Bevölkerung wettzumachen, wozu jedoch das hohe Bevölkerungswachstum in den Besetzten Gebieten einen nicht unerheblichen Teil beitrug. Der Wert des Pro-Kopf-Einkommens (BIP pro Kopf) lag im Jahr 2005 immer noch 31 % unter dem Wert von 1999. Erwähnenswert ist außerdem, dass die wirtschaftliche Erholung maßgeblich auf eine expansive, aber längerfristig untragbare Haushaltspolitik der Autonomiebehörde zurückzuführen war. Für das Jahr 2005 weitete sich das palästinensische Haushaltsdefizit auf 17 % des BIP aus, das zu weniger als der Hälfte mit externen Budgethilfen gedeckt werden konnte. Die palästinensischen Haushaltsmittel werden vor allem für Löhne und Gehälter aufgewendet. Im Haushalt 2005 entsprachen diese Kosten rund 60 % der öffentlichen Ausgaben. Mittlerweile dürften sie sich noch erheblich ausgeweitet haben, da die ehema-

Tabelle 1: Reales Wirtschaftswachstum in den Besetzten Gebieten 2000-2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005*
Wachstum des BIP (in %)	-5,6	-14,8	-10,1	6,1	6,2	6,3
Bevölkerung (in Mio.)	2,93	3,05	3,16	3,27	3,39	3,51
Kumulatives Wachstum des BIP pro Kopf seit 1999 (in %)	-9,5	-25,9	-35,7	-34,1	-32,4	-30,6

* Schätzungen

Quellen: World Bank (2005): *The Palestinian Economy and the Prospects for its Recovery*, Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee, No. 1, December 2005, Washington, D.C.: The World Bank; World Bank (2006): *West Bank and Gaza Economic Update and Potential Outlook*, April 2006, Washington, D.C.: The World Bank.

lige *Fatah*-Regierung in der Hoffnung, Stimmen zu gewinnen, im Januar 2006 zahlreiche Kräfte neu eingestellt und die Gehälter erhöht hatte.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 begann sich das Wirtschaftswachstum zu verlangsamen. Dies lag daran, dass Israel die Gebiete während der Räumung der Siedlungen in Gaza abriegelte, was bis zum Ende des Jahres fortgesetzt wurde und damit den Aussichten auf eine wie auch immer geartete „Abkoppelungsdividende“ die Grundlage entzog. Mit dem Sieg der *Hamas* in den Wahlen zum palästinensischen Parlament im Januar 2006 folgte schließlich der wirtschaftliche Boykott der PA. Unmittelbar nach dem Wahlsieg gab die israelische Regierung bekannt, dass sie zu keinerlei politischen Beziehungen mit der *Hamas* bereit sei, solange diese nicht ihre Haltung gegenüber dem Staat Israel grundsätzlich ändert. Kurze Zeit später, nach der konstituierenden Sitzung des Legislativrats im Februar 2006 und noch vor der Bildung der neuen Regierung, beschloss das israelische Kabinett, die Beziehungen zur PA abubrechen und die monatlichen Transferzahlungen auszusetzen. Das Nahostquartett bestehend aus den Vereinten Nationen, den USA, der EU und Russland, einigte sich wenige Tage nach dem Wahlsieg der *Hamas* darauf, eine künftige Zusammenarbeit mit der PA von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig zu machen, darunter die Anerkennung des Existenzrechts Israels, den Verzicht auf Gewalt und die Einhaltung früherer Verträge und Verpflichtungen. Der Europäische Rat billigte im

April 2006 die Entscheidung der Kommission, die Hilfen der EU an oder über die palästinensische Regierung und ihre Ministerien vorläufig auszusetzen. Beibehalten wurde die humanitäre Hilfe der EU an die palästinensische Bevölkerung. Die Kommission hatte aber bereits im Januar, noch vor den Parlamentswahlen, Budgethilfen an die PA eingefroren, da sie die letzten Neueinstellungen und Gehaltserhöhungen nicht mittragen wollte. Die EU und ihre Mitglieder stellten in den Jahren 2003 und 2004 nach Angaben des *Development Assistance Committee* (DAC) der OECD mit Hilfen im Umfang von mehr als 400 Mio. US\$ jährlich den größten Geber der Besetzten Gebiete. Weitere Mittel kamen insbesondere aus den USA und den arabischen Staaten, wobei die Zuwendungen aus den arabischen Staaten vermutlich um einiges höher anzusetzen sind als die in den Statistiken des DAC ausgewiesenen Beträge.

Vor diesem Hintergrund versuchten Experten der Weltbank im März dieses Jahres mögliche Folgen von Maßnahmen der israelischen Regierung und der internationalen Gebergemeinschaft auf die palästinensische Ökonomie durch die Modellierung verschiedener Szenarien vorherzusagen. Das Worst-Case-Szenario, dessen Ergebnisse in Tabelle 2 zusammengefasst sind, basiert auf den Annahmen, dass die israelische Regierung die Aussetzung der Steuer- und Zolltransfers an die PA ebenso wie die in 2005 eingeführten Handelsrestriktionen aufrechterhalten wird, dass sich der tägliche Fluss palästinensischer Arbeitskräf-

Tabelle 2: Gesamtwirtschaftliche Projektionen: Worst-Case-Szenario 2005-2008

	2005*	2006	2007	2008
BIP (in Mio. US\$)	4.044	2.910	2.835	2.851
Wachstum des BIP (in %)	6,3	-24,5	-4,3	-1,0
BIP pro Kopf (in US\$)	1.152	802	754	735
Wachstum des BIP pro Kopf (in %)	2,7	-27,1	-7,4	-4,2
Kumulatives Wachstum des BIP pro Kopf (in %) (Basis 1999)	-30,6	-49,4	-53,2	-55,1
VE pro Kopf (in US\$)	1.657	1.199	1.089	1.020
Wachstum des VE pro Kopf (in %)	4,3	-30,0	-10,8	-8,3
Arbeitslosenrate (in %)	23	40	44	47
Armutsrate (in %)	44	67	72	74

* Schätzungen

Quelle: World Bank (2006): *The Impending Palestinian Fiscal Crisis. Potential Remedies*, 7 May 2006, Washington, D.C.: The World Bank.

te nach Israel um die Hälfte des 2005 erreichten Durchschnittsniveaus verringert und dass die internationalen Hilfszahlungen um 15 % ihres 2005 erreichten Umfangs gekürzt werden. Durch diese Maßnahmen wird die Leistung der palästinensischen Wirtschaft im laufenden Jahr um ein Viertel einbrechen. Das BIP pro Kopf würde um 27 %, das verfügbare Einkommen (VE) pro Kopf um 30 % zurückgehen. Mit anhaltendem Negativwachstum in den beiden folgenden Jahren käme es zu einem kumulativen Rückgang des BIP pro Kopf um mehr als die Hälfte seines Wertes vor Ausbruch der zweiten *Intifada*. Der im Mai dieses Jahres veröffentlichte Bericht der Weltbank zur palästinensischen Haushaltskrise bemerkte jedoch zusätzlich, dass aufgrund der Entwicklungen in den ersten Monaten des Jahres 2006 die Annahmen für das Worst-Case-Szenario als „zu rosig“ betrachtet werden müssten. Begründet wurde dies u. a. damit, dass die Budgethilfen der OECD-Geber schneller als erwartet ausgesetzt worden seien. Außerdem sei den in den Gebieten tätigen Banken nahe gelegt worden, nicht mehr mit der PA zusammenzuarbeiten, da sie sonst für Verstöße gegen das US-amerikanische Antiterrorgesetz haftbar gemacht werden könnten.

Mit der Aussetzung der monatlichen Ausgleichszahlungen aus Israel und der Zurückbehaltung der Budgethilfen steht die PA praktisch vor dem Bankrott. Bereits im Januar und Februar 2006, als die PA noch auf die Steuertransfers aus Israel zurückgreifen konnte, wies der Haushalt aufgrund der stark gestiegenen Lohnkosten bereits eine Finanzierungslücke von 70-80 Mio. US\$ auf. Von März an zahlte die PA für einige Monate keine Gehälter mehr an ihre Beschäftigten. Von der jüngst angekündigten, durch Zuwendungen aus arabischen Staaten finanzierten Wiederaufnahme partieller Gehaltszahlungen ist nicht zu erwarten, dass sie vor allem im Gaza-Streifen, wo über 40 % der Erwerbstätigen auf der Gehaltsliste der PA stehen, ausreichend Bewegung in den Markt bringen wird. Die Ersparnisse sind aufgebraucht und die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme bei Banken, in Geschäften oder bei Familienangehörigen ausgereizt, womit nur der Rückgriff auf „negative coping strategies“ bleibt.

Zusammengefasst zeichnete sich spätestens seit dem Wahlsieg der *Hamas* eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und Vertiefung der humanitären Krise in Gaza deutlich ab. Nicht umsonst bat die UN-Unterorganisation OCHA Ende

Mai 2006 um zusätzliche Mittel für die Ausweitung der Nahrungsmittelhilfe, der Versorgung mit Medikamenten und Beschäftigungsprogramme. In einer Hintergrundanalyse zum Spendenaufruf hieß es, dass nach den Ergebnissen einer Umfrage schon im April 2006 beinahe 80 % der Bevölkerung in Gaza mit weniger als 2,7 US\$ pro Tag unterhalb der Armutsgrenze lebten. Noch mehr sollte zu denken geben, dass nach den Schätzungen der Weltbank selbst unter der Annahme keiner „abrupten Änderungen“, also im Wesentlichen der Beibehaltung der Maßnahmen so, wie sie Ende 2005 in Form von Restriktionen für den Verkehr von Gütern und Arbeitskräften bestanden, das palästinensische BIP mittelfristig nicht wachsen, sondern schrumpfen wird. Dies bedeutet, dass auch ohne die erneuten Angriffe sowie den Ausfall von Steuertransfers und Budgethilfen die palästinensische Wirtschaft in einer Rezession gefangen bleibt, mit einem für die Zukunft unvermeidlichen weiteren Anstieg der Arbeitslosen- und Armutsrate. Damit wiederum wird auch der Bedarf an internationaler Unterstützung weiter wachsen, obwohl die Besetzten Gebiete bereits in den vergangenen Jahren – gemessen an den Hilfszuflüssen pro Kopf der Bevölkerung – die weltweit größte Abhängigkeit von internationalen Hilfen aufwiesen. Der einseitige israelische „Abkoppelungsplan“ aus dem Jahr 2004 weist allerdings keinen Weg aus dem Dilemma, in dem sich die palästinensische Ökonomie seit langer Zeit befindet.

3. Der „Abkoppelungsplan“

Den einseitigen Abkoppelungs- oder „Scharon-Plan“ in seiner revidierten Fassung von 2004, der inzwischen durch den „Konvergenzplan“ des gegenwärtigen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert weiterentwickelt wurde, priesen seine Befürworter als Chance, Spannungen abzubauen, neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen und neue Impulse für den Friedensprozess zu liefern. Für einige Kritiker implizierte dieser Plan allerdings nichts anderes als den definitiven „Tod der Roadmap“. Im Kern beinhaltet der Plan den vollständigen Abzug der israelischen Armee und der israelischen Siedler aus dem Gaza-Streifen sowie den Abbau von vier Siedlungen und militärischen Anlagen in der nördlichen West Bank. Eine militärische Präsenz sollte es danach auf dem betroffenen Territorium nur noch im Grenz-

streifen (sog. Philadelphia-Linie) zwischen Gaza und Ägypten geben. Als „Belohnung“ dafür sieht der Plan vor, die Kontrolle über die großen Siedlungsblöcke im Westjordanland entlang der Grünen Linie, über Jerusalem und andere Gebiete von „besonderem Interesse“ beizubehalten sowie die Mauer zwischen der West Bank und Israel fertigzustellen. Daneben möchte sich die israelische Regierung das gesamte westliche Jordantal sichern.

Das Militär und die israelischen Siedler sind im September aus Gaza abgezogen. Am israelischen Besatzungsregime hat sich damit jedoch nichts geändert – auch nicht bevor die Truppen im Juni 2006 wieder einmarschiert sind. Denn die Kompetenzen der Palästinenser beschränken sich laut Abkoppelungsplan, der ihnen ein „Dubai am Mittelmeer“ bescheren sollte, darauf, sich selbst zu verwalten. Die Kontrolle über die Grenzen der Besetzten Gebiete zu Lande, zu Wasser und in der Luft bleibt letztendlich bei Israel auch wenn das zwischen Palästinensern und Israelis im November 2005 unter Vermittlung der US-amerikanischen Außenministerin ausgehandelte *Agreement on Movement and Access (AMA)* zunächst Hoffnungen weckte. Gemäß dem Abkommen sollte Ende November 2005 die Kontrolle des Personenverkehrs über den Grenzübergang Rafah unter Aufsicht einer bis zu 70 Mann starken Beobachtergruppe aus der EU und unter israelischer Videoüberwachung an die Palästinenser übergeben werden. Des Weiteren war geplant, von Mitte Dezember 2005 an einen regelmäßigen Busverkehr zwischen Gaza-Streifen und Westjordanland einzurichten. Schließlich sollten von Januar 2006 an am Grenzposten Karni täglich 150 Container mit Exportgütern aus Gaza, im Folgejahr 400 Container, abgefertigt und zusätzlich während der Erntesaison alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse exportiert werden können. Außerdem erhielten die Palästinenser im Abkommen die Erlaubnis, mit dem Bau eines eigenständigen Seehafens in Gaza zu beginnen. Die Euphorie, mit der die Wiedereröffnung des Übergangs in Rafah noch im November 2005 gefeiert wurde, dauerte jedoch nicht lange an. Wie oben erwähnt, wurde der Übergang am 25. Juni geschlossen und blieb es für den regulären Verkehr bis in die dritte Augustwoche unter Ausnahme von drei Tagen, an welchen einer limitierten Anzahl von Reisenden der Übertritt gestattet wurde. Was die anderen Teile des Abkommens betrifft, wird in Berichten palästinensischer und internationaler Organisationen konstatiert, dass sich im Vergleich zur Ausgangs-

lage am System bislang kaum etwas geändert hat. Als Beispiel war der Grenzübergang Karni im Zeitraum Ende Januar bis Mitte Mai 70 Tage lang vollständig abgeriegelt und auch an den übrigen Tagen wurde nur eine begrenzte Zahl von Containern für Importe in den Gaza-Streifen abgefertigt. Exporte aus dem Gaza-Streifen sind praktisch seit Beginn des Jahres unterbrochen.

Im Klartext bedeutet dies, dass die Besetzten Gebiete weiterhin vom Weltmarkt abgekoppelt und ohne einen Korridor zwischen Gaza und West Bank sowie ohne die Aufgabe der Checkpoints im Westjordanland auch untereinander zersplittert bleiben. Für die West Bank hat das israelische Kabinett Ende April 2006 die Route für die Trennmauer zwischen dem israelischen Staatsgebiet und der West Bank neu festgelegt. Die Wegstrecke liegt jetzt nur noch zu 20 % auf der Waffenstillstandslinie von 1949. Außerdem wurde die Zahl der Straßensperren und Checkpoints innerhalb des Westjordanlands stark erhöht. Gleichzeitig spricht die israelische Führung davon, den Zustrom palästinensischer Arbeitnehmer nach Israel sukzessive abzubauen und von 2008 an vollkommen zu unterbinden sowie gegebenenfalls auch die Zollunion mit dem Gaza-Streifen aufzukündigen. Dies würde jedoch zumindest unter den gegenwärtigen Voraussetzungen die palästinensische Ökonomie ihrer größten Wachstumspotenziale berauben, da sie sich neben externen Rentenzuflüssen in Form von Gastarbeiterüberweisungen und internationalen Hilfen durch eine extreme Abhängigkeit vom israelischen Markt auszeichnet, in den sich die palästinensische Ökonomie innerhalb der letzten 30 bis 40 Jahre sukzessive asymmetrisch integriert hat. Eine effektive Förderung der Exporte von Gütern und Dienstleistungen in andere Länder und Regionen wird indes nicht nur durch die israelische Kontrolle der Grenzen und das Fehlen einer für den Handel unerlässlichen Infrastruktur behindert. Unabhängig davon sind die vorhandenen Ressourcen in den Besetzten Gebieten, vor allem in dem überbevölkerten Gaza-Streifen, äußerst begrenzt und unterliegen darüber hinaus, insbesondere bei der Frage der Wasserversorgung, in weiten Teilen israelischer Verfügungsgewalt.

Eine Wiederaufnahme und Ausweitung der internationalen Hilfen allein verspricht keine Lösung – dies sollten die Erfahrungen der Vergangenheit hinreichend gezeigt haben. Den unbefriedigenden Ergebnissen der umfangreichen Hilfszuflüsse seit dem Oslo-Prozess liegt eine

Kombination unterschiedlicher Faktoren zugrunde. Dazu zählen „hausgemachte“ Probleme beim Hilfeempfänger wie die Existenz klientelistischer Strukturen, Korruption und das vermutete Verschwinden nicht unerheblicher Mittel in „dunklen Kanälen“. Daneben wurde auf Probleme des Managements in der Mittelvergabe und der Koordination unter den Gebern hingewiesen. Außerdem musste je nach politischer Lage ein Großteil der Mittel als humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt werden – auf Kosten der Finanzierung langfristiger Projekte zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Selbst wenn Mängel wie fehlende Transparenz oder schlechte Koordination unter den Gebern behoben werden, besteht die Gefahr, dass mit dem Abkoppelungsplan die internationalen Hilfen auch in Zukunft überwiegend dazu dienen werden, die negativen Effekte der israelischen Politik der Abriegelung, Enteignung und Zerstörung zu mildern, anstatt effektiv zum Aufbau einer tragfähigen und produktiven palästinensischen Wirtschaft beizutragen. Und noch eine weitere Erkenntnis sollten die Erfahrungen der letzten Jahre gebracht haben: Große Investitionen in den Aufbau der Infrastruktur und der Administration oder etwa Reformen für eine gute Regierungsführung sind nur dann sinnvoll, wenn sie nicht kurze Zeit später wieder „weggebombt“ werden. Im Zusammenhang damit wird den europäischen Steuerzahlern ein weiterer Versuch, anhand von Hilfen für Frieden zu werben, kaum mehr begreiflich gemacht werden können, wenn nicht vorher auf politischer Ebene für eine lebensfähige Zwei-Staaten-Lösung gesorgt wird.

4. Ausblick

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise hat nicht erst mit dem Boykott der PA nach dem Wahlsieg der Hamas oder der zweiten *Intifada* begonnen. Seit dem Beginn des „Oslo-Prozesses“ haben sich Zeiten einer Intensivierung der Politik der Abriegelung mit Phasen der erneuten Lockerung der Restriktionen abgewechselt und damit die Entwicklung der palästinensischen Ökonomie maßgeblich negativ beeinflusst. Was die Krise heute auszeichnet, sind ihre außerordentlich harten Folgen für die Bevölkerung insbesondere im Gaza-Steifen. Eine zweite Besonderheit ist, dass die Welt zu großen Teilen ihren Blick von den Gehehnen in Palästina – dem Wiedereinmarsch

israelischer Truppen und dem Krieg Israels gegen sowohl die PA als auch die palästinensische Zivilbevölkerung – abgewandt hat, sei es aufgrund des Krieges im Libanon, sei es aufgrund einer gewissen „Gewohnheit“ oder weil die US-amerikanische Außenministerin ein altes und darüber hinaus gescheitertes Konzept „aufwärmt“ und meint, die Kämpfe in Palästina und Libanon seien nichts als die „Geburtswehen“ eines neuen Nahen Ostens.

Fakt ist, dass die blanke Not in den Besetzten Gebieten, die Armut und Arbeitslosigkeit, aber auch die Perspektivlosigkeit vor allem der vielen jungen Palästinenser, die bis vor kurzem immer noch auf so etwas wie eine bessere Zukunft hofften, wahrscheinlich noch nie so groß war wie heute. Perspektivlosigkeit deshalb, weil die einseitigen Abkoppelungs- und/oder Konvergenzpläne Israels im Gegensatz zu anders lautenden Euphorieausbrüchen der sog. internationalen Gemeinschaft für die Palästinenser das „Ende aller Träume“ widerspiegeln. Außer dem mit den jüngsten Ereignissen teilweise wieder revidierten Abzug der Israelis aus Gaza und ein paar kleineren Siedlungen in der nördlichen West Bank enthält der Abkoppelungsplan nichts, was den Palästinensern irgendeinen Vorteil bieten würde. Stattdessen stellt der Plan die bislang beispiellose Inkarnation der althergebrachten Fehleinschätzung dar, die erhoffte Sicherheit für Israel werde herbeigeführt durch eine reine territoriale Abtrennung und eben nicht durch das Recht der Palästinenser, einen souveränen Staat aufzubauen – einschließlich einer eigenständigen, lebensfähigen Ökonomie mit voller Verfügungsgewalt über die eigenen Ressourcen und souveräner Entscheidungsgewalt in der Wirtschaftspolitik. Treffender als die Wissenschaftlerin Sara Roy könnte man es nicht formulieren: Da der Abkoppelungsplan den Palästinensern mehr nimmt als jeder Plan zuvor, wird er sich am Ende für beide Seiten als desaströs erweisen, auch für Israel. Der Weg, der Autonomiebehörde über wirtschaftlichen Boykott, Haushaltsbankrott und Zerstörung ihrer Infrastruktur die Funktionsfähigkeit zu entziehen beschleunigt nur das definitive Ende des Friedensprozesses auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung. Dieser Kurs verschärft die wirtschaftliche Rezession und treibt die Besetzten Gebiete in eine humanitäre Katastrophe, verstärkt die politische Führungslosigkeit und führt unweigerlich zu einer weiteren Zunahme der Gewalt.

■ Literaturhinweise

- Asseburg, Muriel (2005): *Nach dem israelischen Teilabzug. Perspektiven und Herausforderungen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Hoffmann, Sabine (2003): *Palästinensische Volkswirtschaft: Geprägt von Abhängigkeit und Separation*, in: Dietmar Herz, Christian Jetzlsperger und Kai Ahlborn (Hrsg.): *Der israelisch-palästinensische Konflikt. Hintergründe, Dimensionen und Perspektiven*, Wiesbaden: Franz Steiner Verlag, 2003, S. 141-167.
- Roy, Sara (2005): „Praying with Their Eyes Closed: Reflections on the Disengagement from Gaza“, *Journal of Palestine Studies*, No. 136, Summer 2005.
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) (2006): *Revised Emergency Appeal. Context Analysis and Humanitarian Response*, Jerusalem: OCHA, 31 May 2006.
- World Bank (2006): *The Impending Palestinian Fiscal Crisis. Potential Remedies*, Washington, D.C.: The World Bank, 7 May 2006.

■ Die Autorin

Dr. des. Anja Zorob ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Orient-Institut des GIGA.
E-Mail: zorob@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/zorob>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Der arabisch-israelische Konflikt sowie die internen Entwicklungen in Palästina und Israel gehören zu den Schwerpunktthemen des DOI.

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

- Baumgarten, Helga (2006): „Die Hamas: Wahlsieg in Palästina 2006“, *Orient*, Nr. 1, 2006.
- Beck, Martin (2002): *Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Beck, Marin (2005): *Zivilgesellschaft in Palästina*, in: Joachim Betz und Wolfgang Hein (Hrsg.): *Neues Jahrbuch Dritte Welt*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 144-156.
- Beck, Martin (2006): „Die palästinensischen Parlamentswahlen vom Januar 2006“, *GIGA Focus Nahost*, Nr. 3, 2006.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Nahost* wird vom Deutsches Orient-Institut redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.
Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg